



Presseschau vom 18.11.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

deutsch.rt.com: **Ukraine: Partei des Präsidenten verliert Wähler an "prorussische" Partei**

Die Partei "Oppositionsplattform", die für gute Beziehungen mit Russland steht, gewinnt in der Ukraine an Einfluss. Das bestätigen nicht nur die Resultate der Regionalwahlen, sondern auch die Umfragen. Kann dies eine politische Wende bedeuten? ...

<https://kurz.rt.com/2ccb>

deutsch.rt.com: **Belgische und deutsche Antifaschisten fordern Stopp von SS-Pensionen für belgische Kollaborateure**

Anlässlich des 75. Jahrestages der Eröffnung des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses fordern belgische und deutsche Antifaschisten in einer Erklärung, keine SS-Pensionen mehr an belgische Kollaborateure auszuzahlen. RT Deutsch bringt die Erklärung im Wortlaut. ...

<https://kurz.rt.com/2cd6>

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Türkisches Parlament gibt grünes Licht für Soldaten-Entsendung nach Aserbaidtschan**

Das türkische Parlament hat durch eine Abstimmung die Verordnung des Präsidenten des Landes, Recep Tayyip Erdogan, über die Entsendung türkischen Militärs nach Aserbaidtschan gebilligt.

Der Entwurf der Verordnung wurde am Vortag dem Parlament vorgelegt. Dem Dokument zufolge kann das türkische Militär ein Jahr lang in Aserbaidtschan bleiben.

Am 11. November hatte Erdogan angekündigt, Ankara und Moskau hätten ein Memorandum über das Zentrum zur Kontrolle des Waffenstillstands in Bergkarabach unterzeichnet und würden sich an „einer gemeinsamen Friedensmission“ beteiligen.

Zuvor hatte der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, bekannt gegeben, es handle sich um eine Beobachtungsstelle in Aserbaidtschan in Bezug auf Bergkarabach. „Es war nicht die Rede von gemeinsamen Friedenstruppen“, äußerte er.

Waffenstillstandsvereinbarung für Bergkarabach

Russlands Präsident Wladimir Putin, sein aserbaidtschanischer Amtskollege, Ilham Alijew, und der armenische Premierminister, Nikol Paschinjan, hatten in der Nacht zum 10.

November eine Waffenstillstandsvereinbarung für Bergkarabach erzielt.

Die Vereinbarung sieht den vollständigen Waffenstillstand in Bergkarabach ab dem 10.

November vor. Aserbaidtschan und Armenien bleiben dabei in den von ihnen besetzten

Stellungen. Das Dokument sieht außerdem den Austausch von Kriegsgefangenen vor.

Armenien soll drei Kreise an Baku zurückgeben. Darüber hinaus sollen entlang der Berührungslinie in Bergkarabach und des Korridors Latschin 1960 russische Friedensstifter, 90 Schützenpanzerwagen sowie 380 Einheiten Automobil- und Spezialtechnik stationiert werden.

dnronline.su: Interview des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin mit dem Portal ukraina.ru

- Denis Wladimirowitsch, in der Ukraine kann es so kommen, dass dort in der nächsten Zeit Internierungslager für Bürger der RF eingerichtet werden. Wenn man berücksichtigt, dass in der DVR bereits einige hunderttausend Inhaber russischer Pässe leben, kann man den Schluss ziehen, dass, wenn dies geschieht, dann die ersten und wichtigsten Häftlinge dieser Konzentrationslager Bürger der DVR (und natürlich der LVR) sein werden. Haben Sie als Republikoberhaupt die Absicht, sich im Zusammenhang damit an die UNO, die OSZE, die PACE und internationale Rechtsschutzorganisationen zu wenden und diese über diese absolut rohen, antidemokratischen, das Recht verletzenden Pläne der ukrainischen Seite zu informieren?

- Eine Internierung ist eine zwangsweise Isolierung im Zusammenhang mit einem bewaffneten Konflikt. Das, worum es in dem Gesetzentwurf geht, betrifft sowohl die Einwohner der DVR und der LVR, die russische Pässe erhalten haben, als auch die Einwohner der Krim. Obwohl sich die Ukraine die Möglichkeit vorbehält, ohne Gericht und Ermittlung eine zwangsweise Internierung gegenüber absolut allen Bürgern der RF anzuwenden. Sie sollen in Konzentrationslager geschickt werden.

Natürlich müssen solche Initiativen in erster Linie internationale Institutionen – UNO, OSZE, Internationaler Strafgerichtshof – beunruhigen. Und wir werden diesen Strukturen aktiv helfen, ihre Meinung zu bilden, mit entsprechenden Anträgen und analytischen Materialien, und wenn das Gesetz tatsächlich beschlossen wird mit allen Fakten zur Verletzung der international anerkannten Menschenrechte. Dabei werden wir dieses Thema auch in Minsk aufwerfen, von der Ukraine Antworten für solche weit vom Bestreben zu Frieden entfernten Schritte.

Die Einwohner des Donbass haben sich ein weiteres Mal davon überzeugt, dass die Ukraine für uns ein berechenbar gefährlicher Nachbar ist. Selenskij sieht äußerst zynisch aus, wenn er

unsere Bürger in die Ukraine ruft. Indem er versichert, dass dieses Land für sie offen ist, versucht er PR mit der Öffnung von Kontroll- und Passierpunkten zu betreiben. Aber tatsächlich ist es richtig zu sagen, dass dort Konzentrationslager für alle mit einem russischen Pass errichtet werden. Im Grunde ist in dieser Situation ein Vergleich mit dem faschistischen Deutschland angebracht – damals wurden den sowjetischen Bürgern auch warme Betten und sättigende Mahlzeiten versprochen.

- *Faktisch ist Joe Biden neuer US-Präsident geworden. Ich erinnere daran, dass gerade er unter dem Präsidenten Obama Haupt“aufseher“ der Ukraine war. Gerade unter ihm begann die „ATO“, der er faktisch den Segen erteilte. Fürchten Sie nicht, dass die Ukraine unter ihm wieder mit neuer Kraft die Kriegshandlungen entfacht?*

- Trotz allem muss man die offiziellen Wahlergebnisse abwarten, weil nach meiner Meinung die Situation dort noch in der Schwebe ist und die Instrumente, die von den USA in anderen Ländern eingesetzt wurden, diesmal breit bei ihnen zu Hause, in ihrem Land eingesetzt wurden: Elemente von Farbrevolutionen, Elemente von Wahlfälschungen...

Wird sich die Situation im Bereich des Krieges ändern oder nicht? Ich denke, dass sich die Instrumente mit dem Antritt einer neuen Regierung in den USA ändern werden, aber die Strategie wird die alte bleiben. Sie wurde in Gang gesetzt, als in der Ukraine Radikale auftraten, Gebäck auf dem „Maidan“, Fackelmärsche usw. Seitdem ist die Ukraine kein Subjekt und demonstriert eine vollständige Unselbständigkeit. Wir stellen fest, dass Kiew nach wie vor auf eine Lösung des Konflikts auf gewaltsame Weise abzielt. Dies ist sichtbar ausgehend davon, wie sie sich an der Kontaktlinie aufführen, in Minsk, wie sie in Richtung USA schauen.

- *Was denken Sie über die Ergebnisse der Kommunalwahlen in der Ukraine? Warum hat die Partei des Präsidenten, „Diener des Volkes“, bei ihnen verloren? Wie realistisch ist Ihrer Meinung nach, dass die Partei des Krieges in Kiew wieder an die Macht kommt?*

- Eine Analyse der Ergebnisse ergibt nicht wenige Informationen. Wenn man über deutlich radikale Elemente spricht, so sind sie auch bei den Kommunalwahlen in der Ukraine gescheitert. Nicht so deutlich wie die Partei Selenskijs, aber es ist sehr stark ins Auge gesprungen. Man kann als Beispiel der Partei Bilezkijs heranziehen – sie erhielt ein außerordentlich schlechtes Ergebnis. Dasselbe kann man auch über „Swoboda“ von Jarosch sagen.

Es ist offensichtlich, dass die Einwohner der Ukraine nicht für die Parteien des Krieges gestimmt haben, „Diener des Volkes“ ist eine Partei des Krieges, und zwei Jahre Selenskij an der Macht haben das deutlich gezeigt.

Aber die aggressiven Handlungen verstärken sich nur. Wir haben schon über den Gesetzentwurf über internierte Bürger gesprochen, im Grunde über Konzentrationslager – dieser wurde von Schmygal eingebracht, dem Leiter der Regierung. Und von einem Abgeordneten von „Diener des Volkes“ wurde ein Gesetzentwurf eingebracht, nach dem es in den ukrainischen Massenmedien verboten sein wird, den Fakt einer „militärischen Aggression“ der RF gegen die Ukraine auch nur in Zweifel zu ziehen!

Dennoch muss man im Ergebnis der Wahlen die Herausbildung eines gewissen Gerüsts aus denen feststellen, die tatsächlich vernünftige Änderungen für die Ukraine selbst wollen.

Bisher ist das noch nicht so klar zu sehen, aber es bildet sich schon heraus.

- *Welche Position hat die DVR bezüglich des Fahrplans, der jetzt im Minsker Prozess erörtert wird, sowie bezüglich neuer KPP an der Kontaktlinie mit der Ukraine?*

- Es gibt unseren Fahrplan, der vollständig dem Maßnahmekomplex entspricht und deutlich alle Einzelheiten festschreibt. In einigen Momenten ist er sogar ein Kompromiss. Er muss erörtert werden! Aber als Gegengewicht dazu bringt die Ukraine ihren Fahrplan ein. Und wie sie ihn einbringt: Unsere Verhandlungsteilnehmer mussten die Mitglieder Kontaktgruppe von der Ukraine praktisch in die Ecke drängen, damit sie wenigstens eine Antwort gaben. Bisher ist alles, was wir sehen, einfach eine Verspottung der Minsker Vereinbarungen.

Der Fahrplan der Ukraine besteht ausschließlich aus Fantasien, dazu noch aus den Zeiten Poroschenkos. Wir haben dort nichts Neues gelesen – das versuchte die ukrainische Seite schon unter Poroschenko aufzudrängen: eine vollständige Umschreibung der Minsker Vereinbarungen.

Die Ukraine versucht ihren Handlungsplan aus Sicht eines Siegers einzuführen. Als hätte es keine Kessel gegeben, als hätte die ukrainische Armee nicht an allen Frontabschnitten, wo sie in Kampfhandlungen geriet, verloren. Die Ukraine hat die Minsker Vereinbarungen unter der Drohung einer vernichtenden Niederlage unterzeichnet, und es ist nicht ihr Platz, Bedingungen zu stellen!

Was die Kontroll- und Passierpunkte betrifft: Das ist zynischer brutaler PR, ein Hype von Seiten Selenskijs, der offensichtlich auf eine Destabilisierung gerichtet ist, mehr nicht. Es ist eindeutig keine Hilfe für die Bürger und keine Fürsorge für sie unter Bedingungen einer unkontrollierten Zunahme an COVID-Kranken in der Ukraine.

Bezüglich der Erklärungen Deutschlands und Frankreichs zur Unterstützung der Initiativen der Ukraine zur Eröffnung von KPP: Diese Länder haben die Möglichkeit ein Vorbild zu zeigen. Warum sollten sie nicht mit der Öffnung der Verbindung Deutschlands und Frankreichs mit der Ukraine beginnen? Oder mit der Abschaffung der Lockdowns und der Sperrstunde in ihren Ländern? Ich halte eine solche Einmischung für verantwortungslos.

- *Wird bis zum Neuen Jahr ein Gefangenenaustausch mit der Ukraine erfolgen? Falls ja, nach welcher Formel wird er stattfinden? Gibt es schon ein Verständnis?*

- Die Lage mit den Austausch, wie auch mit anderen Bereichen, demonstriert die fehlende Unterstützung der Minsker Vereinbarungen von Seiten der Ukraine. Die Formel „alle gegen alle“ ist im Maßnahmekomplex festgehalten, aber die Ukraine hat bisher nicht bestätigt, dass sie bereit ist sie zu realisieren. Denn wenn sie die Minsker Vereinbarungen verlässt – von welchen Austausch kann dann die Rede sein? Welchen Status haben diese Menschen? Durch wen, mit wem, im Rahmen welcher Vereinbarungen und nach welche Prozedur soll dieser Austausch erfolgen? Auf diese Fragen gibt es bisher keine Antwort.

Wenn ich all dies anschau, bin ich skeptisch: Die Ukraine muss nicht im Medienraum reden, sondern einen direkten Dialog mit uns in den Verhandlungen führen. Ja und außerdem noch die vorhergehende Austauschetape abschließen. Da gab es eine Vereinbarung über eine prozessuale Freistellung. Es wurde nichts getan. Die Menschen, die durch den Austausch freikamen, sind schon wieder zur Fahndung ausgeschrieben, sie werden von neuem beschuldigt. Einige wurden wieder festgenommen! Das ist die Ukraine.

- *Wie bewerten Sie die Tätigkeit Leonid Krawtschuks in der Kontaktgruppe in Minsk? Kann man sie konstruktiv nennen?*

- Krawtschuk ist ausschließlich zu Zerstörung fähig. Ein Bestätigung dafür ist seine Rolle beim Aufkommen der Vereinbarungen von Beloweschskaja Putschtscha. Nach dem Zerfall des Großen Landes begann, neben anderen negativen Folgen, eine Kette von Konflikten in Nagornyj Karabach, Transnistrien, Abchasien, Ossetien. Und zu erwarten, dass dieser Mensch den Frieden im Donbass unterstützen wird, wäre von unserer Seite sehr unbedacht.

Krawtschuk hat sich in seinem ganzen politischen Leben sehr destruktiv aufgeführt, ein anderes Verhalten erwartet auch im Rahmen der Kontaktgruppe niemand von ihm.

- *In der DVR wurde die Maskenpflicht eingeführt – sowohl im öffentlichen Verkehr, in Geschäften, staatlichen und Bildungseinrichtungen. Wie ist die Situation mit COVID in der Republik? Ist sie nicht außer Kontrolle geraten?*

- Die Situation mit COVID in der Republik kontrollieren wir, indem wir uns bemühen rechtzeitig Präventivmaßnahmen einzuführen. Es gab eine gewisse Panik wegen einem Mangel an Medikamenten in den Apotheken aufgrund von Vorratskäufen, aber jetzt ist der Markt gesättigt. Die Einwohner der Republik halten die Sicherheitsregeln ein, die Schutzmasken sind zu einem alltäglichen Gegenstand des Lebens geworden, wie auf der ganzen Welt.

Am 16. November hatten wir etwas mehr als 9000 registrierte und bestätigte Fälle von COVID-19. Wir haben 39 Krankenhausbasen zu Infektionsabteilungen umfunktioniert, hauptsächlich die, wo es Sauerstoffanschlüsse gibt. Übrigens wird der Sauerstoff auf dem Territorium der Republik produziert, er ist ausreichend.

Wir sind Russland für die unschätzbare Hilfe im Kampf gegen das Coronavirus dankbar. Das sind Tests und Medikamente und Behandlungsmethoden. Unsere Ärzte verfügten über das aktuellste Wissen. In der letzten Woche fand in der Donezker medizinischen Universität ein internationales medizinisches Online-Forum „Wissenschaft besiegt Krankheit“ statt, bei dem Fragen der Behandlung unter Bedingungen der Coronavirusinfektion besondere Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Es nahmen mehr als 5000 Spezialisten aus Moskau, Sankt Petersburg, Ulan-Bator, Tomsk, Rjasan, Simferopol, Smolenks sowie Minsk und Alma-Ata teil.

Unsere Ärzte haben sich während der Epidemie als echte Helden erwiesen. 19 klinische Lehrstühle der Universität, die in Covid-Basen liegen, haben sich in die Behandlung der Patienten mit dieser Erkrankung eingeschaltet. Mehr als 50 Professoren und Dozenten der medizinischen Hochschule arbeiten in der „Roten Zone“. Wir haben einen großen Mangel an medizinischem Personal, mehr als 50%, deshalb ziehen wir aktiv Studenten zur Arbeit heran. In den Krankenhäusern arbeiten 832 Medizinstudenten, davon 179 in der „Roten Zone“ als medizinisches Personal im unteren und mittleren Bereich, 75 bei der Ersten Hilfe. Wir werden nicht müde, den Ärzten für die Heldentat zu danken, die sie jetzt vollbringen.

- *Das Jahresende ist nicht fern. Wie bewerten Sie die Bilanz für die Republik? Hat sich das COVID stark auf die Pläne zur Entwicklung der Wirtschaft ausgewirkt, zum Beispiel?*

- COVID hat die Wirtschaft der ganzen Welt beeinflusst und natürlich mussten sich diese Prozesse auch auf die Lage der Dinge in der Republik auswirken. Im Frühjahr konnten wir einen Lockdown vermeiden: Durch detaillierte Maßnahmen, die durch das Regime der erhöhten Bereitschaft geregelt wurden, es gelang uns, ein Gleichgewicht zwischen Sicherheitsmaßnahmen und der Arbeit der Unternehmen aufrechtzuerhalten. Jetzt sehen wir, dass auch Russland diesen Weg geht.

Die zweite Welle ist erheblich schwieriger, aber wir vermeiden einen Fall der Wirtschaft unter Nutzung der Erfahrung der ersten Welle. Wir haben sogar eine Zunahme der Auslastung von Unternehmen der Leichtindustrie um 20%. 15 Textilunternehmen wurden auf die Produktion von individuellen Schutzmitteln umgestellt, ihr Sortiment ist auf bis zu 20 Sorten ausgeweitet worden.

Wir entwickeln aktiv die Landwirtschaft. Die Republik versorgt sich vollständig mit Getreide, jetzt setzen wir den Dialog des Staates mit den Landwirten fort, um günstige Bedingungen für die Entwicklung der Viehzucht, des Gemüseanbaus zu schaffen. Eine positive Dynamik gibt es auch bei der Produktion von Lebensmitteln.

In vollem Maße haben wir uns mit dem Wohn- und kommunalen Bereich befasst. In diesem Jahr hat der Austausch von kommunalen Infrastrukturnetzen begonnen, deren überwiegende Mehrheit in der Zeit der Ukraine nicht ersetzt wurde, die Rohre sind bis zum Gehnichts mehr verrottet. Wir beenden den Austausch von 197 Aufzügen. Ich treffe mich mit Einwohnern, sie sagen, dass einige Aufzüge seit 30 Jahren nicht in Betrieb waren! Im nächsten Jahr ist bei uns noch mehr in Planung, dabei tun wir alles, dass die Einzelteile in der Republik produziert werden.

Bei uns reichen in diesem Jahr zum ersten Mal die Bauleute nicht für den Wiederaufbau, für Sanierungen aus. Natürlich haben nicht wenige Spezialisten das Land verlassen, aber allein die Tatsache, dass es diesen Bedarf gibt, zeugt von vielem – wir sind auf Entwicklung ausgerichtet.

Die Situation ist natürlich weit von hervorragend entfernt, aber in diesem für die ganze Welt sehr schwierigem Jahr erfüllen wir alles, was geplant war, und am 1. Januar erwartet die Rentner und die Arbeiter des öffentlichen Bereichs eine weitere Etappe der Erhöhung von

Löhnen und Renten.

Wie schwer es auch sein mag, wir stellen Pläne auf und tun alles, um sie zu erreichen.

de.sputniknews.com: **Obama zählt in seinen Memoiren Russlands Schwächen auf**
Russland hat nach Ansicht des Ex-US-Präsidenten Barak Obama „seinen Status als Supermacht“ verloren. In seinem neuen autobiografischen Buch „A Promised Land“ nennt er die Gründe dafür.

Erstens fehlen Russland, so Obama, Verbündete und Militärbasen. „Mit einem Atomarsenal, welches nur unserem unterlegen ist, fehlte Russland ein breites Netzwerk von Allianzen und Stützpunkte, die es den Vereinigten Staaten ermöglichen, ihre militärische Macht in der ganzen Welt hervorstehen zu lassen“, schreibt Obama in seinen Memoiren.

Eine weitere Schwäche Russlands sei die Abhängigkeit vom Export von Öl, Gas, Mineralien und Waffen. Auch die russische Wirtschaft sei während seiner Amtszeit solchen Ländern wie Italien, Kanada und Brasilien unterlegen gewesen, so der Ex-Präsident. Ferner verwies Obama auf „hohe Korruptionsraten“ und „niedrige Lebenserwartung der männlichen Bevölkerung“ in Russland, die von einigen Forschungsorganisationen verzeichnet worden seien.

Zudem sprach der Ex-Präsident von „Anti-Washington-Stimmung“ Moskaus: Russland habe die „von den USA geförderten“ Initiativen im UN-Sicherheitsrat blockiert sowie „mit verstärkten Anstrengungen“ versucht, die ehemaligen Sowjetrepubliken „in seinem Einflussbereich“ zu behalten.

In seinen Memoiren „A Promised Land“ beschreibt der 44. Präsident der Vereinigten Staaten seine politische Karriere und die erste Amtszeit als US-Präsident. Außerdem äußert er sich in dem Buch über eine Reihe politischer Persönlichkeiten, darunter Angela Merkel und Wladimir Putin.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/31417/63/314176378_0:603:4200:2871_1000x0_80_0_1_2fc48987dc21ad69c6ade9a74ced60a0.jpg

de.sputniknews.com: **Vom US-Senat verabschiedeter Rodchenkov Act stößt auf Kritik von Wada und Kreml**

Der US-Senat hat am Dienstag den sogenannten Rodchenkov Act zum Kampf gegen Doping verabschiedet. Wie die Anti-Doping-Agentur der USA (USADA) am Dienstag mitteilte, wird dieses Gesetz es der US-Justiz ermöglichen, gegen Dopingsünder gerichtlich vorzugehen, die an Sportveranstaltungen gemeinsam mit US-Athleten teilnehmen.

Das Gesetz trägt den Namen des in die USA geflüchteten früheren Moskauer Laborchefs Grigori Rodtschenkow. Das russische Ermittlungskomitee wirft ihm vor, die umstrittenen

Datensätze gefälscht zu haben. Rodtschenkow ist Kronzeuge der Wada für die Vorwürfe wegen staatlichen Dopings gegen Russland.

Mit dem Gesetz würden die Urheber betrügerischer Doping-Manipulationen bestraft. Das Gesetz schütze auch Informanten vor Rache und sichere den betrogenen Sportlern Entschädigung zu. Als Strafmaß seien eine Geldbuße von bis zu einer Million US-Dollar und bis zu zehn Jahre Freiheitsentzug vorgesehen, hieß es in der Mitteilung.

Unter den Rodchenkov Act falle das Umfeld der Sportler – Trainer, Agenten, Manager und Vertreter staatlicher Einrichtungen, die für Organisation und Finanzierung von Sportveranstaltungen zuständig seien. Die sündigen Sportler sollten von der Wada bestraft werden.

Wada kritisiert Rodchenkov Act

Indes übt die Wada heftige Kritik an dem neuen Gesetz. Die Agentur befürchtet, dass der Act den internationalen Anstrengungen im Kampf gegen das Doping im Wege stehen könnte.

„Der Rodchenkov Act könnte das globale Anti-Doping-System unterhöhlen“, erklärte ein Wada-Sprecher nach Angaben der Nachrichtenagentur AFP.

Kreml besorgt

Dmitri Peskow, Sprecher von Russlands Präsident Wladimir Putin, bezeichnete das vom US-Senat verabschiedete Gesetz als einen „Versuch, die US-Jurisdiktion auf andere Länder auszudehnen“.

„Das missfällt Russland und löst Besorgnis aus“, sagte Peskow am Dienstag in Moskau.

Rodtschenkow hatte von 2006 bis 2015 das Moskauer Anti-Doping-Laboratorium geleitet.

Nach der Entlassung aus diesem Amt reiste er in die USA, wo er in einem Interview örtlicher Medien Russland des „staatlich geförderten Doping-Systems“ bezichtigte. Später wurde er Wada-Informator. In Russland laufen gegen Rodtschenkow einige Strafverfahren.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/30982/55/309825554_0:225:2896:1789_1000x0_80_0_1_dcd42a690a6f2872807a1004adcdc5f2.jpg

vormittags:

de.sputniknews.com: **Israelische Angriffe in Syrien: Sana meldet drei Todesopfer**

Die israelische Armee hat in der Nacht zum Mittwoch Ziele der syrischen Streitkräfte und iranischen Al-Kuds-Kräfte in Syrien attackiert. Dies teilten die Israelischen Verteidigungsstreitkräfte (IDF) via Twitter mit.

Laut der Twitter-Mitteilung unternahm die israelische Armee ihre Angriffe als Antwort auf die Aufstellung von mehreren selbstgemachten Sprenganlagen nahe der Linie „Alpha“, um israelische Soldaten zu attackieren.

Die Nachrichtenagentur Sana hatte ihrerseits gemeldet, dass die syrische Armee einen israelischen Luftangriff über Damaskus abgewehrt habe. Der Beschuss kam mutmaßlich von den Golanhöhen. Bei den Luftangriffen wurden demnach drei Militärs getötet. Einer sei verletzt worden. Es sollen mehrere Raketen abgeschossen worden sein.

Israel bombardiert immer wieder Ziele in Syrien, äußert sich jedoch nur sehr selten offiziell dazu. Die Angriffe richten sich meistens gegen Truppen und Einrichtungen, die mit dem schiitischen Iran in Verbindung gebracht werden.

Teheran sieht in Israel einen Erzfeind und ist zugleich im syrischen Bürgerkrieg ein enger Verbündeter von Staatschef Baschar al-Assad. Israel will verhindern, dass der Iran dort seinen Einfluss und vor allem seine Militäreinrichtungen weiter ausbaut.

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 17. November 2020 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

deu.belta.by: Makej: Belarus stoppt den Menschenrechtsdialog mit der Europäischen Union

Belarus stoppt den Menschenrechtsdialog mit der Europäischen Union. Das erklärte der belarussische Außenminister, Wladimir Makej, gestern in der Sendung „Panorama“ bei Belarus 1, wie die Nachrichtenagentur BelTA berichtet.

„Einige Länder versuchen, uns in Fragen der Menschenrechte und der Demokratie zu kritisieren. Und all dies wird völlig künstlich politisiert. Wir sehen dies am Beispiel des UN-Menschenrechtsrats und einer Reihe anderer Organisationen. Wir sehen keinen Grund, den Menschenrechtsdialog mit der Europäischen Union fortzusetzen. Und wir setzen diesen Dialog aus, bis die EU beschließt, die Politik der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und der Europäischen Investitionsbank zu ändern, die in dieser Phase beschlossen haben, die Kooperationsprogramme mit Belarus einzufrieren“, sagte der Außenminister von Belarus.

Wladimir Makej unterstrich: „Wir sehen nicht viel Sinn darin, im Rahmen der Östlichen Partnerschaftsinitiative voll und ganz zu arbeiten. All diese Maßnahmen sind nur eine Reaktion auf die destruktiven Schritte, die unsere europäischen Partner gegenüber Belarus unternommen haben“.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000020_1605682971_53978_big.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für

den Zeitraum vom 17. November 3:00 Uhr bis 18. November 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

Um 13:20 und 14:00 Uhr wurde die Durchführung technischer Arbeiten im Gebiet von Wodjanoje festgestellt.

Um 15:55 Uhr wurden drei Detonationen im Gebiet von Showanka festgestellt.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.sputniknews.com: Verzicht Armeniens auf Karabach-Abkommen wäre Selbstmord – Präsident Putin

Der Verzicht Armeniens auf das jüngst erzielte Abkommen zu Bergkarabach käme für dieses Land laut dem russischen Staatschef Wladimir Putin einem Selbstmord gleich.

„Das wäre Selbstmord. Premier Paschinjan – es fällt ihm natürlich schwer, aber er hat das wahre Bild beschrieben, die wahre Sachlage, wie sie zum Zeitpunkt der Unterzeichnung unserer dreiseitigen Erklärung war, und wie sie derzeit ist. Ich habe nichts hinzuzufügen. Er hat die Wahrheit gesagt“, sagte Putin gegenüber dem TV-Sender Rossiya 24.

Putin betonte dabei, dass es Sache jedes Landes sei, die Vereinbarungen einzuhalten oder nicht einzuhalten, aber „es wäre ein großer Fehler“, die Verpflichtungen nicht zu erfüllen.

„Ich hoffe, dass dies nicht passieren wird“, so der Präsident.

Verratsvorwürfe

Ferner sagte Putin, dass die Verratsvorwürfe gegen den armenischen Premier Nikol Paschinjan „jeder Grundlage entbehren“. Putin erläuterte, dass Paschinjan, der die ihm vorgeschlagene Bedingung der Rückkehr von Flüchtlingen in die Stadt Şuşa (auch Schuschi oder Schuscha) für die Feuereinstellung in Bergkarabach als „Bedrohung der Interessen Armeniens und Karabachs“ eingestuft hatte, ihm gesagt habe, dass „wir das nicht akzeptieren können, wir werden kämpfen, wir werden Krieg führen“.

„Die andere Sache: Ob es richtig oder falsch war, ist eine andere Frage, aber hier kann keine Rede von Verrat sein“, sagte Russlands Präsident.

Russlands Staatschef Wladimir Putin hatte am Dienstag erklärt, dass er im Oktober den Präsidenten Aserbaidschans, İlham Alijew, bei den Telefonverhandlungen überzeugt hätte, die Kampfhandlungen in Bergkarabach unter der Bedingung der Rückkehr der Flüchtlinge nach Şuşa einzustellen, aber Armenien wäre dagegen gewesen.

Vereinbarung zu Bergkarabach

In der Nacht auf den 10. November hatten Russland, Aserbaidshan und Armenien ein Abkommen über die Einstellung des Feuers in Bergkarabach unterzeichnet. Darin heißt es unter anderem, dass die aserbaidshanischen und armenischen Militärs in den von ihnen besetzten Stellungen bleiben und Gefangene austauschen sollen.

Armenien soll die Bezirke Kəlbəcər, Laçın und Ağdam an Baku zurückgegeben. Darüber hinaus sollen in Bergkarabach russische Friedenstruppen stationiert werden. Die Gruppe wird aus 1960 russischen Friedensstiftern, 90 Schützenpanzerwagen sowie 380 Fahrzeugen und Spezialtechnik bestehen.

Die Situation in Bergkarabach hatte sich am 27. September zugespitzt. Armenien und Aserbaidshan gaben sich immer wieder gegenseitig die Schuld am Ausbruch der Kämpfe. Die Situation erschwerte sich dadurch, dass Baku aktiv von der Türkei (Nato-Mitglied) unterstützt wurde. Armenien ist seinerseits Mitglied der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS).



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/07/0c/327491262_0:227:3077:1892_1000x080_0_1_76c3c604c7bbe5a3ef38aabe6f29671a.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 18. November um 9:00 Uhr 1704 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 1453 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 129 Todesfälle.

de.sputniknews.com: **Bergkarabach: Föderationsrat gibt Zustimmung für Nutzung russischer Streitkräfte bei Friedensmission**

Der russische Föderationsrat (Parlamentsoberhaus) hat am Mittwoch bei einer Sitzung die Zustimmung zur Nutzung der Streitkräfte Russlands für die Friedensmission in Bergkarabach erteilt.

Mit einer entsprechenden Anfrage hatte sich Russlands Präsident Wladimir Putin an den Föderationsrat gewandt.

„Dem Präsidenten der Russischen Föderation wird die Zustimmung für die Entsendung einer Militäreinheit mit notwendiger Bewaffnung, Militär- und Spezialtechnik nach Bergkarabach ab dem 10. November 2020 (...) erteilt“, heißt es im Dokument.

„(...) zum Zweck der Einhaltung der Vereinbarungen über die Einstellung des Feuers und anderer feindlicher Handlungen seitens der aserbaidschanischen und armenischen Seite, um den Massentod der Zivilbevölkerung von Bergkarabach und eine bedeutende Beschädigung von Zivilobjekten zu verhindern.“

Laut der Verfassung liegt die Regelung der Frage bezüglich des Einsatzes der russischen Streitkräfte außerhalb Russlands in der Zuständigkeit des Föderationsrates. ...

мздр.рус: Am 17. November wurden in der DVR 763 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 150 positiv, 8 Patienten erhielten aufgrund klinischer Symptome die Diagnose COVID-19.

Am 18. November um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 9268 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

4159 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 4263 als gesund entlassen, es gibt 846 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 26 Personen als gesund entlassen.

Außerdem gab es 16 Todesfälle – Männer im Alter von 53 bis 85 Jahren und Frauen im Alter von 61 bis 83 Jahren

In den letzten 24 Stunden wurden 79 Fälle von Lungenentzündung festgestellt, 42 weniger als

am vorangegangenen Tag. Davon wurden 61 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt befinden sich 1938 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 512 mit Sauerstoffunterstützung (+21 in den letzten 24 Stunden).

de.sputniknews.com: **Menschenrechtler warnen vor Corona-Ausbreitung in Syrien**

Menschenrechtler haben vor einer dramatischen Ausbreitung von Corona in Syrien gewarnt. Ihre Warnung beruhe auf „verlässlichen medizinischen Quellen“ in den von der Regierung kontrollierten Gebieten.

Wegen des Bürgerkrieges sei das Gesundheitssystem in einem schlechten Zustand. Nur etwa die Hälfte aller Krankenhäuser ist der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zufolge voll funktionsfähig. In einem Viertel von ihnen fehle es an Personal, Ausrüstung oder Medizin. So hätten Krankenhäuser wegen des Mangels an Betten, Sauerstoffflaschen und Beatmungsgeräten Corona-Infizierte abgewiesen, so die Menschenrechtsorganisation Amnesty International. Einige hätten die Flaschen und Geräte aus Verzweiflung zu horrenden Preisen gemietet, teilte Amnesty unter Berufung auf Ärzte und Angehörige mit. „Tausende Menschenleben, darunter die der medizinischen Angestellten, sind weiterhin in Gefahr“, hieß es in der vergangenen Woche.

Auch in Idlib im Nordwesten des Landes breite sich das Virus aus. Dort seien vier Ärzte nach einer Corona-Erkrankung gestorben.

„Wenn ein Arzt im Nordwesten Syriens verstirbt, gibt es keinen Weg, ihn zu ersetzen“, schrieb die gemeinnützige britische Organisation Syria Campaign am Dienstag auf Twitter. Nach offiziellen Angaben der Regierung hätten sich in Syrien 6700 Menschen infiziert. Laut der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte gibt es allerdings 60.000 Fälle – fast zehn Mal so viel. Mindestens 3200 Menschen seien an der Viruskrankheit gestorben. Es würden auch nur sehr wenige Corona-Tests gemacht, was bedeuten könnte, dass die Zahl der Infektionen deutlich höher liege, als es die Angaben der Regierung vermuten lassen. Der Bürgerkrieg in Syrien dauert bereits fast zehn Jahre. Es sind inzwischen über zwölf Millionen Menschen vertrieben worden, knapp die Hälfte von ihnen befindet sich derzeit im Ausland. Der Grad der Gewalt im Lande hat in den vergangenen Monaten nachgelassen, allerdings gibt es noch keine klare politische Lösung für den Konflikt.

nachmittags:

deu.belta.by: **Experte: Bei Operationen gegen Belarus haben polnische Geheimdienste ihre Hände im Spiel**

Die Operation zur Destabilisierung der Lage in Belarus wird auch von den polnischen Geheimdiensten vorbereitet und zum Teil umgesetzt. Wie der erste Vizepräsident der Kommission für Information, Massenmedien und Kommunikation in der Gesellschaftlichen Kammer der Russischen Föderation, Alexander Malkewitsch, auf dem Medienforum „Informationssicherheit des Unionsstaates: moderne Herausforderungen und neue Technologien“ sagte, werden die auf dem Territorium der Republik Belarus agierenden Oppositionsmedien von der polnischen Geheimeinheit „Czarne pająki“ (Schwarze Spinnen) betreut.

„Die Schwarzen Spinnen sind eine Einheit der polnischen zentralen Gruppe für psychologische Operationen (Centralna Grupa Działań Psychologicznych) in Bydgoszcz. Diese Geheimgruppe ist der Abteilung für Aufklärung und elektronische Kampfführung der polnischen Streitkräfte unterstellt“, erzählte Malkewitsch. Er berief sich dabei auf die Ergebnisse einer Sonderstudie, die in Russland durchgeführt wurde. „Es handelt sich um ca.

200 Militärs, IT-Experten. Rund 70 Prozent von ihnen beherrschen mehrere Fremdsprachen und haben solide Kenntnisse in Psychologie und Soziologie. Sie sind gedrillt, psychologische Operationen im Internet zu organisieren. Sie betreuen eine Reihe oppositioneller Medienressourcen, die unter anderem auf dem Territorium der Republik Belarus aktiv agieren. Daraus macht man auch in Polen keinen Hehl.“

Russland sei ebenfalls sehr besorgt über die Aktivitäten der polnischen Geheimdienste, sagte der Experte. „Sie haben mehrere Telegram-Kanäle geschaffen und in Belarus getestet. Jetzt bauen sie ein absolut identisches Netz von Telegram-Kanälen in Russland auf. Jeder Kanal hat eine eigene Aufgabe. Manche verbreiten Anleitungen und Propaganda, die anderen betreiben eine „düstere“ Berichterstattung (negative Meldungen). Jene Experimente, die in Belarus aufgegangen waren und als erfolgreich gelten, werden in Russland durchgeführt. Man muss darauf reagieren und nicht einfach zuschauen. Wir müssen auf praktische Erfahrungen unserer Kollegen in Minsk zurückgreifen. Denn es wäre naiv zu negieren, dass gegen den Unionsstaat ein hybrider Krieg geführt wird“, resümierte er.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000022_1605691750_53985_big.jpg

dan-news.info: Das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin hat neue Regeln für die Rentenzeiten für medizinische Beschäftigte, die im Kampf gegen COVID-19 eingesetzt sind, festgelegt.

Ein entsprechender Erlass erschien heute auf der offiziellen Seite des Staatsoberhauptes. Gemäß dem Dokument soll ein Tag bei der Hilfe für an der Coronavirusinfektion Erkrankte als zwei Arbeitstage gerechnet werden. Diese Formel gilt auch für medizinische Beschäftigte, die Patienten diagnostizieren, Obduktionen bei bestätigter COVID-19-Diagnose durchführen. Die Zeiten werden von den Einrichtungen des Gesundheitswesens, in denen ein medizinischer Mitarbeiter arbeitet, auf Grundlage eines Fragebogens über die Arbeitszeiten bei der Bekämpfung der Coronavirusinfektion bestätigt.

Nach letzten Angaben betrifft das etwa 3000 medizinische Beschäftigte.

de.sputniknews.com: USA wollen Georgien bei Vertiefung euro-atlantischer Beziehungen helfen

US-Außenminister Mike Pompeo, der am Dienstag zu einem zweitägigen Besuch in der georgischen Hauptstadt Tiflis eingetroffen ist, hat die Bereitschaft der amerikanischen Seite angekündigt, Georgien bei der Vertiefung seiner euro-atlantischen Beziehungen und der Stärkung der demokratischen Institutionen zu helfen.

„Ich bin begeistert, in Tiflis zu sein. Die Vereinigten Staaten und Georgien haben eine enge Beziehung, die auf unserem gemeinsamen Engagement für Freiheit und Unabhängigkeit

beruht. Wir sind entschlossen, Georgien dabei zu helfen, seine euro-atlantischen Beziehungen zu vertiefen und seine demokratischen Institutionen zu stärken“, schrieb Pompeo auf Twitter. Die US-Botschaft in Georgien gab an, dass sich Pompeo mit dem Regierungschef Giorgi Gacharia und seinem Amtskollegen Dawid Salkaliani getroffen habe, um die Unterstützung vonseiten der USA für die euro-atlantischen Bestrebungen Georgiens und die Stärkung der demokratischen Institutionen im Land zu erörtern. Zudem habe er die Bedeutung der Wahl- und Justizreform in Georgien betont, hieß es.

Gacharia habe wiederum Pompeo für den Besuch während der globalen Coronavirus-Pandemie, für die Hilfe im Corona-Kampf und für die entschlossene Unterstützung der Souveränität des Landes gedankt.

„Wir haben eine hervorragende Gelegenheit, wichtige Themen zu erörtern, die Zusammenarbeit zwischen den USA und Georgien im Bereich Verteidigung und Sicherheit, wirtschaftliche und demokratische Konsolidierung zu vertiefen. Ich möchte Ihnen versichern, dass wir wirklich das Gefühl haben, dass der Moment gekommen ist, um unsere Zusammenarbeit und Partnerschaft zu stärken und die Präsenz der Vereinigten Staaten in dieser Region auszuweiten“, zitiert der Pressedienst der georgischen Regierung Gacharia. Pompeo habe seinerseits festgestellt, dass die USA und Georgien gemeinsam mit der coronabedingten Herausforderung fertig werden und die Wirtschaft beider Länder wieder in Schwung bringen würden. Washington werde alles tun, um den Demokratisierungsprozess in Georgien, den Aufbau der Institutionen auf eine Weise zu unterstützen, die für freie und faire Wahlen wichtig sei, hieß es weiter.

Am Mittwoch hat der US-Außenminister Treffen mit der georgischen Führung abgehalten.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/12/328410184_0:0:3072:1663_1000x0_80_0_1_73c457f4e6600c893f6629dd276bd0e0.jpg

deu.belta.by: **Shuk: Lügenlawine in sozialen Netzwerken zielt auf Emotionen**

Massenlügen und Desinformation in sozialen Netzwerken zielen in erster Linie auf Emotionen der Menschen ab. Diese Meinung äußerte Chefredakteur und Generaldirektor des Verlagshauses „Belarus segodnja“ (Belarus heute) Dmitri Shuk auf dem Medienforum „Informationssicherheit des Unionsstaates: moderne Herausforderungen und neue Technologien.“

Dmitri Shuk ist der Ansicht, dass das Problem der Massendesinformation und der Fake News kein rein journalistisches Problem sei. Das sei ein Element der hybriden Kriege, die heute weltweit geführt würden. „Es ist so, dass im technologischen Zeitalter auch die Presse zu einem aktiven Akteur dieser Kriege geworden ist. Diesen Kriegen liegen zivilisatorische Wertekonflikte zugrunde. Es wird versucht, uns fremdes Gedankengut, fremde Moral und fremde Orientierungen aufzuzwingen“, führte er aus.

„Mit Digitalisierung und Fortschritt wurde eine technologische Basis für Meinungsmanipulation geschaffen. Die offiziellen Medien haben sich in ihrer Redaktionspolitik an Regeln und Gesetze zu halten. Soziale Netzwerke sind heute vielmehr zum Schauplatz anonymer und destruktiver Attacken geworden“, sagte er. Shuk kritisierte auch die fehlende humanistische Bildung an den Schulen. „Zu viel Technokratie in Lehrprogrammen führte dazu, dass die humanistische Bildung an Schulen, wie sie zu Sowjetzeiten gepflegt wurde, heute zu kurz kommt. Es fehlt eine starke Basis für ästhetische, moralische und geistige Entwicklung, für Analyse und kritisches Denken. Deshalb lassen sich die jungen Leute durch eine Lügenlawine in sozialen Medien und Telegram-Kanälen sehr leicht manipulieren. Negative Emotionen sind viel stärker als positive, ihre Wirkung ist oft so destruktiv, dass sich die Menschen in echte Zombies verwandeln. Und dann können sie ihr Handeln nicht mehr kontrollieren.“

„Unsere Aufgabe besteht heute vor allem darin, solche destruktiven Informationskanäle zu kontrollieren. Sonst werden wir eine Niederlage nach der anderen erleiden. Viele Plattformen wie Facebook, Instagram oder Youtube werden einen politischen Auftrag erfüllen und uns blockieren. Stichwort: Donald Trumps Twitter-Account. Ich habe den Eindruck gewonnen, dass die US-Demokraten die Demokratie bereits besiegt haben“, sagte Shuk.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000022_1605698682_53992_big.jpg

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 18. November 2020**

In den letzten 24 Stunden hat die ukrainische Seite **dreimal den ersten Punkt des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstands verletzt.**

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer des 137. Bataillons der 35. Marineinfanteriebrigade **technische Arbeiten im Gebiet von Showanka** durchgeführt.

Außerdem haben unsere Videobeobachtungssysteme zwei Fälle von Verstößen in **Richtung Mariupol** festgestellt. Kämpfer eines Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade haben **technische Arbeiten auf den Positionen im Gebiet von Wodjanoje** durchgeführt.

Die Fälle von Verstößen wurden den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen zu ergreifen.

Kämpfer der 72. Brigade der ukrainischen Streitkräfte haben in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feuereinstellung vier **Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“ auf die Eisenbahnstation Drushkowka und 21 T-72-Panzer auf die Eisenbahnstation Konstantinowka verlegt.**

Außerdem haben Beobachter der OSZE-Mission die Information über die Stationierung eines

gepanzerten Aufklärungs- und Spähfahrzeugs aus dem Bestand der 54. Brigade in einem Wohngebiet von Awdejewka bestätigt.

Gleichzeitig **verminen ukrainische Formationen weiter das Territorium** und bedrohen Leben und Gesundheit der örtlichen Bevölkerung und internationaler Beobachter.

So hat eine Gruppe ukrainischer Pioniere aus dem 18. Bataillons der 35. Brigade im Gebiet von Troizkoje zusätzlich 50 Antipanzermine neben einem bereits vorhandenen Minenfeld mit 320 Minen installiert.

Wir rufen die sich in der OOS-Zone befindlichen Vertreter der OSZE und der UNO auf, die Aufmerksamkeit auf die Verbrechen der ukrainischen Einheiten gegen die Einwohner des Donbass zu richten.

Außerdem hat das Kommando des Stabs der OOS eine neue Taktik provokativer Aktivitäten erfunden, um die Republik der Behinderung von Flügen von Drohnen der OSZE-Mission zu beschuldigen.

So wurde den mobilen Gruppen von Bataillon für elektronische Kriegsführung der ukrainischen Streitkräfte sowie Kompanien der elektronischen Kriegsführung, die zu einer Marineinfanteriebrigade gehören, eine Prämie im Ausmaß von 3000 bis 5000 Griwna für die **Blockierung von Leitungssignalen von Drohnen der OSZE-Mission**, die Flüge über dem Territorium der DVR absolvieren, angekündigt.

Auf der Jagd nach finanziellen Belohnungen haben Kämpfer eine Kompanie für elektronische Kriegsführung der 36. Brigade der ukrainischen Streitkräfte eine Station „Bukowel-AD“ im Gebiet von Talakowka in der Nähe der Kontaktlinie stationiert. Wegen der von den Stationen für elektronische Kriegsführung erzeugten Störungen bemerken die Einwohner der in der Nähe liegenden Ortschaften Kominternowo, Oktjabrj und Leninskoje seit 24 Stunden eine instabile Funktion von Radio- und Fernsehübertragung.

Gleichzeitig wurde im 2. Bataillon der 72. Brigade der ukrainischen Streitkräfte, dass sich auf dem Truppenübungsplatz Schirokij Land in Erwartung des Abmarsches in die OOS-Zone befindet, ein **Ausbruch von Magen-Darm-Erkrankungen** festgestellt.

Es ist festzustellen, dass 45 Soldaten beim Kommandeur der 72. Brigade Bogomolow über Magenverstimmungen, erhöhte Temperatur und Übelkeit geklagt haben.

Inzwischen werden im Bataillon sanitär-epidemiologische Untersuchungen durchgeführt.

Vorläufig wurde festgestellt, dass die **Lebensmittelvergiftung der Soldaten aufgrund der Lieferung von Lebensmitteln mit abgelaufener Mindesthaltbarkeitsdauer** in die Einheit geschah. Dabei blieb der für die Organisation der Lebensmittelversorgung verantwortliche Funktionsträger – der für den rückwärtigen Dienst verantwortliche stellvertretende Bataillonskommandeur, der Leiter des rückwärtigen Dienstes Hauptmann Biloschin, seit einer Woche dem Dienst fern.

Es ist eine **Konfrontation zwischen dem Kommandeur der 54. Brigade Majstrenko und dem ihm unterstellten Kommandeur des nationalistischen Bataillons „Ajdar“ Wlassenko** festzustellen.

Ursache der Konfliktsituation ist der nicht mit dem Brigadekommandeur Majstrenko abgestimmte Abtransport einer Partie Waffen und Munition aus der OOS-Zone für Kämpfer des „Rechten Sektors“. Wie wir bereits mitteilten, hat der Brigadekommandeur zur Untersuchung der Umstände dieses Sachverhalts eine Kommission eingesetzt.

Bei der Kontrolle von Einheiten des Bataillons „Donbass“ durch eine Kommission des Stabs der 54. Brigade wurde ein Versteck mit Munition in einem verlassenen Kulturhaus in Awdejewka entdeckt.

Entdeckt wurden unter anderem: 16 Antipersonenminen POM-2, 20 Granaten GOB-17, 50 Zünder für Granaten und 25 Granatwerfer.

Unsere Quellen in der Abteilung des SBU für die Oblast Donezk bestätigen die Information, dass der von Wlassenko betriebene **Waffen- und Munitionsschmuggel in die Tiefe des Landes mit der inoffiziellen Genehmigung daran interessierter Mitarbeiter des SBU**

erfolgt.

Deshalb geben die Propagandisten des SBU traditionsgemäß einen großen Erfolg an und berichten über die Entdeckung eines Verstecks der Miliz der DVR, um ihre Arbeit zu demonstrieren und ihre gesetzwidrige Tätigkeit zu verheimlichen.

deutsch.rt.com: **BRICS-Gipfel: Putin fordert pandemiebedingte Aufhebung von Sanktionen gegen ärmere Länder**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat die Weltgemeinschaft aufgefordert, die Sanktionen gegen arme Länder aufzuheben, da sich der durch COVID-19 verursachte globale Wirtschaftsabschwung weiter verschärft. Die Länder brauchen Lebensmittel und Medikamente, so Putin.

Russland fordert die Weltgemeinschaft auf, alle Beschränkungen und Handelssanktionen aufzuheben, die gegen Länder gerichtet sind, die zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie dringend Nahrungsmittel, Medikamente und medizinische Ausrüstung benötigen. Dies erklärte Russlands Präsident Wladimir Putin am Dienstag auf dem Gipfel der BRICS-Staaten, der von Moskau geleitet wurde und im Rahmen einer Videokonferenz stattfand. Die BRICS-Staaten sind eine Vereinigung, die die aufstrebenden Volkswirtschaften Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika umfasst.

Im April hatte die russische Regierung den Vereinten Nationen eine Resolution vorgeschlagen, die in der Zeit der Pandemie die Sanktionen begrenzen und Handelsstreitigkeiten beenden soll, um den Export von Lebensmitteln und Medikamenten zu ermöglichen. Die Vereinigten Staaten und die Europäische Union sowie weitere Länder sprachen sich jedoch dagegen aus.

Die russischen Vertreter kritisierten diese Haltung und betonten, dass "die Zurückhaltung einer Reihe von Ländern bei der Beendigung der Sanktionspolitik die armen Menschen in den am stärksten gefährdeten Staaten an den Rand des Überlebens stellt".



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2020.11/article/5fb4dacc48fbef4c905d90cb.jpg>

Mil-Inr.su: **Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij**

In den letzten 24 Stunden wurden **keine Feuerprovokationen** von Seiten des Gegners festgestellt. ...

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen zur Einhaltung der Bedingungen des Waffenstillstands hat der Gegner **Waffen und Militärtechnik in Ortschaften** auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium **stationiert**.

In den letzten 24 Stunden wurden im Verantwortungsbereich der 92. Brigade die Stationierung von neun T-64-Panzern, einem Schützenpanzerwagen, einem Panzerschlepper und einem

weiteren Panzerfahrzeug in Loskutowka entdeckt.

Im Verantwortungsbereich der 80. Luftsturmbrigade wurde die Stationierung von einem gepanzerten Aufklärungs- und Spähfahrzeug im Gebiet von Stschastje bemerkt.

Diese Fälle werden auch von Beobachtern der OSZE-Mission in ihrem täglichen Bericht vom 17.11.20 aufgeführt.

Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte verminen weiter ungeordnet das Territorium des Donbass auf dem von der Kiewer Regierung kontrollierten Teil.

Unsere Aufklärung hat einen weiteren Fall der Verminung von Ackerland durch Soldaten der 30. Brigade in der Nähe von Gorskoje festgestellt, wo 15 Antipanzerminen TM-62 installiert wurden. ...

Nach Informationen von örtlichen Einwohnern vom von der Ukraine kontrollierten Territorium gibt es **Beschränkungen von Rechten und Freiheiten der Zivilbevölkerung** von Seiten von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte.

So haben Kämpfer der 92. Brigade, die die 30. Brigade abgelöst hat, zusätzliche Checkpoints bei der Ausfahrt aus Popasnaja errichtet, von den Einwohnern werden spezielle Genehmigungen verlangt. Einwohner von Solotoje-4 dürfen nur zur Arbeit und nach Hause gehen. In der Nähe der Eisenbahnstation Rubeshnoje werden Personen, die Aufnahmen mit Mobiltelefonen machen, von Mitarbeitern des militärischen Rechtsordnungsdienstes festgenommen und ihre Telefone werden konfisziert...

deu.belta.by: **Abgeordnete erörtern Gesetzentwurf „Über selbstregulierende Organisationen“ in erster Lesung**

Die vierten Sitzung der Repräsentantenkammer der Nationalversammlung der siebten Legislaturperiode soll am 19. November stattfinden. Das gab der Pressedienst der Repräsentantenkammer der Nachrichtenagentur BelTA bekannt.

In der ersten Lesung wollen die Gesetzgeber die Gesetzentwürfe „Über selbstregulierende Organisationen“, „Über Änderungen des Gesetzes der Republik Belarus ‚Über die Konsumgenossenschaft‘“, „Über die Änderung der Gesetze“ (zu Fragen der technischen Regulierung und der Energieeinsparung) besprechen.

In der zweiten Lesung werden die Gesetzentwürfe „Über die Änderung der Gesetze über Gesundheitswesen und psychologische Hilfe“, „Über die Änderung der Gesetze“ (zu Fragen der Entlohnung der Mitarbeiter von Haushaltsorganisationen), „Über die Änderung des Gesetzes der Republik Belarus ‚Über das Verfahren und die Bedingungen der Entsendung von Bürgern Heil- und Arbeitsprophylaktorien und die Bedingungen des Aufenthalts‘“, „Über die Änderung des Gesetzes der Republik Belarus“ (zur Anpassung des Gesetzes an das Wohnungsgesetzbuch der Republik Belarus und andere Gesetzgebungsakte), „Über die Änderung des Gesetzes der Republik Belarus ‚Über die Staatsbürgerschaft der Republik Belarus‘“ beraten.

Geplant ist auch die Ratifikation internationaler Verträge – „Über die Ratifikation internationaler Verträge im Rahmen der Eurasischen Wirtschaftsunion“ und „Über die Ratifikation des Protokolls zwischen der Regierung der Republik Belarus und der Regierung der Ukraine über die Vornahme von Änderungen zur Vereinbarung zwischen der Regierung der Republik Belarus und der Regierung der Ukraine über den internationalen Kraftverkehr vom 17. Dezember 1992“.

dnronline.su: **Im Arbeits- und Sozialministerium der DVR wurde berichtet, welche Sanktionen einem Arbeitgeber drohen, wenn in einem privaten Unternehmen die Normen und Regeln des Arbeitsschutzes nicht eingehalten werden.**

Der stellvertretende Arbeits- und Sozialminister Denis Streltschenko unterstrich, dass die Strafen gegen einen Arbeitgeber, der die Normen und Regeln des Arbeitsschutzes in einem privaten Unternehmen nicht einhält, durch das Gesetz der DVR „Über den Arbeitsschutz“

geregelt ist.

„Gemäß § 48 des Gesetzes werden die schuldigen Personen für die Verletzung des Gesetzgebung und anderer normativer Rechtsakte über den Arbeitsschutz disziplinarisch, administrativ und strafrechtlich zur Verantwortung gezogen.

Die disziplinarische Verantwortlichkeit wird durch § 147 des Arbeitsgesetzkodex geregelt und sieht solche Strafen wie Abmahnungen und Entlassung vor.

Die administrative Verantwortlichkeit für die Verletzung der Gesetzgebung und anderer normativer Rechtsakte über den Arbeitsschutz, die in § 47 des Gesetzes der DVR „Über den Arbeitsschutz“ und § 41 des Kodex der Ukraine über administrative Verstöße geregelt sind, ziehen Geldstrafen für die schuldigen Personen (Funktionsträger der Unternehmen, Einrichtungen, Organisationen unabhängig von der Eigentumsform und Bürger, die Unternehmer sind) im Umfang von 20 bis 40 nicht steuerpflichtigen Mindesteinkommen der Bürger (680-1360 Rubel) fest“, erklärte Denis Streltschenko.

Bei ernsthafteren Verstößen gegen die Anforderungen des Arbeitsschutzes gilt eine strafrechtliche Verantwortung. Gemäß §148 des Strafgesetzbuches der DVR handelt es sich um Verstöße, die durch Nachlässigkeit schweren Schaden an der Gesundheit eines Menschen verursachen. In Abhängigkeit von den Folgen sieht der Paragraph Strafzahlungen bis zu 400.000 Rubel vor; 180 bis 240 Stunden gemeinnützige Arbeit; Strafarbeit bis zu zwei Jahren; Zwangsarbeit bis zu einem Jahr; Freiheitsentzug bis zu einem Jahr mit dem Entzug des Rechts, bestimmte Funktionen oder eine bestimmte Tätigkeit auszuüben.

Verstöße gegen die Anforderungen des Arbeitsschutzes, die aus Nachlässigkeit den Tod eines Menschen nach sich ziehen, werden mit Zwangsarbeit bis zu vier Jahren oder Freiheitsentzug für denselben Zeitraum mit Entzug des Rechts bestimmte Funktionen oder Tätigkeiten auszuüben bestraft.

de.sputniknews.com: **Irans Außenminister lobt Biden und erwartet Einigung im Atomstreit**

Der iranische Außenminister Mohammed Dschawad Sarif hat den künftigen US-Präsidenten Joe Biden als einen erfahrenen Politiker gelobt, mit dem auch eine Beilegung des Atomstreits „durchaus machbar“ wäre.

Sarif kenne den gewählten US-Präsidenten seit mehr als 30 Jahren und habe ihn auch während seiner eigenen Funktion als UN-Botschafter (2002 bis 2007) in New York persönlich getroffen, so der Außenminister.

„Herr Biden kennt die Außenpolitik weitaus besser als (US-Präsident Donald) Trump und ist auch gegen (Trumps) Unilateralismus“, sagte Sarif in einem Interview der Tageszeitung „Iran“.

Laut dem iranischen Außenminister könnten sich Teheran und Washington im Streit um das iranische Atomprogramm mit Biden einigen. Sobald er entscheiden sollte, zum Wiener Atomabkommen von 2015 zurückzukehren und es umzusetzen, werde Teheran das Gleiche tun. Ähnlich hatte sich zuvor auch Irans Präsident Hassan Ruhani geäußert.

„Das ist durchaus machbar und braucht weder Bedingungen noch Verhandlungen“, so der Chefdiplomat.

Die USA waren 2018 unter Trump aus dem Atomabkommen ausgetreten, das auch mit deutscher Beteiligung ausgehandelt worden war. Es sollte dafür sorgen, dass der Iran sein Atomprogramm nur zu zivilen Zwecken nutzt und keine Atombombe bauen kann. Trump verhängte auch neue Sanktionen gegen den Iran, die das Land in die bisher schwerste Wirtschaftskrise in seiner Geschichte stürzten. In diesem Jahr kam die Corona-Pandemie hinzu.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32738/40/327384050_0:0:3072:1663_1000x0_80_0_1_99e3de23f8acf0d72474c3de2df0d3cd.jpg

deutsch.rt.com: **Alexei Nawalny verklagt Kremlsprecher Dmitri Peskow wegen übler Nachrede**

Der russische Oppositionelle Alexei Nawalny hat eine Klage gegen Kremlsprecher Dmitri Peskow wegen übler Nachrede eingereicht. Peskow hatte zuvor gegenüber Journalisten erklärt, Nawalny sei ein CIA-Sprachrohr.

Dmitri Peskow, Sprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, hat auf die zu Wochenbeginn von Alexei Nawalny eingereichte zivilrechtliche Klage auf Schutz der persönlichen Ehre reagiert, wollte sich aber gegenüber Journalisten nicht konkret äußern: „Sie wissen mit Sicherheit, dass wir niemals Gerichtsfälle kommentieren. Hierzu werde ich mich nicht äußern. Auch jetzt, wo es mich selbst betrifft.“

Nawalny hatte an folgenden Aussagen Peskows Anstoß genommen:

„Angesichts der Tatsache, dass die CIA-Spezialisten mit dem Patienten [gemeint ist Nawalny, Anm. d. Red.) arbeiten, wird ihm alles, was er verkündet, von dieser Organisation in den Mund gelegt.

Es wäre besser, wenn diese Organisation ihren Dialog mit uns nicht über ihn, sondern direkt mit ihren russischen Kollegen, dem SWR, der GRU und anderen Geheimdiensten führen würde.“

Die Entscheidung, ob aufgrund der Klage ein zivilrechtlicher Prozess eingeleitet wird, ist zum Redaktionszeitpunkt noch nicht getroffen worden.

Beim SWR handelt es sich um den russischen Dienst für Außenaufklärung. Die GRU ist die Hauptleitung für militärische Aufklärung. Diese Bezeichnung ist allerdings nicht mehr aktuell.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2020.11/article/5fb4dac0b480cc609876efb3.jpg>

abends:

de.sputniknews.com: **Trotz US-Teilabzugs: Nato will ihre Truppen in Afghanistan behalten**

Trotz des vom amtierenden US-Präsidenten Donald Trump angeordneten Abzugs weiterer US-Truppen aus Afghanistan will die Nato ihren Einsatz in diesem Land fortsetzen.

„Auch mit den angekündigten weiteren US-Reduzierungen wird die Nato ihren Einsatz zur Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte fortsetzen“, bekräftigte die Bündnissprecherin Oana Lungescu am Mittwoch.

Es gelte, die Errungenschaften zu bewahren, die man im Kampf gegen den internationalen Terrorismus erzielt habe. Die Nato solle Afghanistan erst dann verlassen, wenn die Zeit dafür reif sei.

Bereits am Dienstag hatte der Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg vor den möglichen Folgen eines überhasteten Abzugs von Truppen aus Afghanistan gewarnt. Der Preis für ein zu schnelles oder unkoordiniertes Verlassen des Landes könne sehr hoch sein, sagte der Norweger. Afghanistan drohe wieder ein Rückzugsort für internationale Terroristen zu werden, die Angriffe auf Nato-Länder planten.

Vor kurzem hatte der US-Präsident Donald Trump den Abzug weiterer US-Truppen aus Afghanistan und dem Irak angeordnet. Die Zahl der Soldatinnen und Soldaten soll laut dem geschäftsführenden Verteidigungsminister Christopher Miller bis zum 15. Januar auf jeweils rund 2500 reduziert werden.

Der Teilabzug würde damit unmittelbar vor der Amtseinführung des US-Präsidenten Joe Biden umgesetzt, falls dessen Sieg offiziell bestätigt würde. Die Vereidigung ist für den 20. Januar geplant.

Das Verteidigungsministerium machte keine Angaben dazu, wie viele US-Soldaten derzeit noch in Afghanistan und im Irak stationiert sind. Dem US-Sender CNN zufolge sind es derzeit noch 4500 US-Soldaten in Afghanistan und 3000 im Irak.